

28. Im Anhang 1 – Ausführungsbestimmungen (AB) werden die Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 9 Buchst. a der Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a werden nach den Wörtern „oder einem versicherungsmathematischen Barwert zu erfüllen sind“ die Wörter „oder im Rahmen eines Erstattungsmodells nach § 23c erstattet werden“ eingefügt.

b) Absatz 3 Satz 3 Buchst. a wird wie folgt neu gefasst:

„a) Arbeitsverhältnisse mit Pflichtversicherten auf nicht beteiligte Arbeitgeber ohne Entrichtung eines anteiligen Gegenwertes oder ohne Ausgleich im Rahmen eines Erstattungsmodells nach § 23c übertragen hat,“

§ 2

Satzungsergänzender Beschluss des Verwaltungsrats zur Auflösung des Abrechnungsverbandes Gegenwerte vom 7. September 2016

Der Abrechnungsverband Gegenwerte wird zum 1. Januar 2016 aufgelöst und geht im Abrechnungsverband West und Abrechnungsverband Ost/Umlage auf. Die Deckungsrückstellung, die Verlustrücklage und die Rückstellung für Überschussverteilung aus dem Abrechnungsverband Gegenwerte werden dem Versorgungskonto I zugeführt. Die Deckungsrückstellung sowie die Verlustrücklage gehen dort in der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge auf, die Rückstellung für Überschussverteilung wird in die entsprechende Rückstellung für Überschussverteilung des Abrechnungsverbandes West bzw. Abrechnungsverbandes Ost/Umlage überführt. Dazu wird die zum 31. Dezember 2015 vorhandene Rückstellung für Überschussverteilung aus dem Abrechnungsverband Gegenwerte auf den Abrechnungsverband West und Abrechnungsverband Ost/Umlage entsprechend der jeweiligen Anteile an der zum gleichen Zeitpunkt vorhandenen Deckungsrückstellung aus dem Abrechnungsverband Gegenwerte aufgeteilt.

§ 3

Inkrafttreten

¹Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft. ²Abweichend hiervon tritt die Neufassung des § 59 Satz 1 und des § 59 Satz 6 bis 8 mit Wirkung vom 10. Oktober 2012, die Neufassung des § 59 Satz 9 mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

Der satzungsergänzende Beschluss tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.

Statut der Investitionsbank Sachsen-Anhalt; Dritte Änderung

Bek. des MF vom 20. 2. 2017 – 32-28010/5

Bezug:

Bek. des MF vom 2. 3. 2012 (MBI. LSA S. 361), zuletzt geändert durch Bek. vom 18. 12. 2014 (MBI. LSA S. 98)

In der **Anlage** wird gemäß § 10 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 6. 2012 (GVBl. LSA S. 235), geändert durch Verordnung vom 29. 10. 2016 (GVBl. LSA S. 346), die am 29. 11. 2016 vom Verwaltungsrat beschlossene und vom Ministerium am 30. 1. 2017 genehmigte Änderung des Statuts der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bekannt gemacht.

Anlage

1. § 9 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Zur sachverständigen Beratung und zur Unterstützung der Investitionsbank bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Förderung der Kontakte mit dem Parlament, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft wird ein Beirat gebildet. Über die Berufung und Abberufung der Mitglieder des Beirats entscheidet die Geschäftsleitung mit Zustimmung des Verwaltungsrates.“
2. § 10 Absatz 4 erhält folgende Fassung: „Jahresabschlüsse, Lageberichte, Prüfungsberichte, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sind allen Ministerien und der Staatskanzlei sowie dem Landesrechnungshof zu übersenden. Der Geschäftsbericht ist dem Landtag zur Weiterleitung an die Ausschüsse zu übersenden.“

H. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

21298

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zur Altlastensanierung (Richtlinie Altlastensanierung)

Erl. des MULE vom 8. 12. 2016 – 24.51-67230-Altlasten

1. Zweckungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Der Zweck der Zuwendung besteht darin, die Umsetzung von Vorhaben der Sanierung von schadstoffbelasteten Standorten im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Konzeptionen unter Berücksichtigung der Ziele des Umweltschutzes zu unterstützen.

1.2 Hierzu gewährt das Land Sachsen-Anhalt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie aufgrund folgender Rechtsgrundlagen:

- a) die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Auf-

hebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20. 12. 2013, S. 289, L 330 vom 3. 12. 2016, S. 12) sowie die hierzu von der EU-Kommission verabschiedeten Delegierten- und Durchführungsverordnungen,

- b) die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20. 12. 2013, S. 320, L 200 vom 26. 7. 2016, S. 140), geändert durch Verordnung (EU) 2015/1839 (ABl. L 270 vom 15. 10. 2015, S. 270), sowie die hierzu von der EU-Kommission verabschiedeten Delegierten- und Durchführungsverordnungen,
- c) die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26. 6. 2014, S. 1, L 283 vom 27. 9. 2014, S. 65),
- d) die Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. 12. 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28. 12. 2013, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2015/812 (ABl. L 133 vom 29. 5. 2015, S. 1),
- e) der Beschluss 2010/787/EU des Rates vom 10. 12. 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (ABl. L 336 vom 21. 12. 2010, S. 24),
- f) die §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30. 4. 1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. 2. 2012 (GVBl. LSA S. 52, 54), einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO, RdErl. des MF vom 1. 2. 2001, MBI. LSA S. 241, zuletzt geändert durch RdErl. vom 28. 1. 2013, MBI. LSA, S. 73),
- g) die Erlasse der EU-Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2014 bis 2020,
- h) das Umweltrahmengesetz vom 29. 6. 1990 (GBl. I S. 649), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. 3. 1991 (BGBl. I S. 766, 788, 1928),
- i) der Zuwendungsrechtsergänzungserlass (RdErl. des MF vom 6. 6. 2016, MBI. LSA S. 383),
- j) das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. 5. 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. 7. 2016 (BGBl. I S. 1839, 1841),

k) das Operationelle Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) des Landes Sachsen-Anhalt 2014 – 2020¹

in den jeweils geltenden Fassungen.

1.3 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung, Ausschlüsse

2.1 Gefördert werden Vorhaben zur Sanierung von schadstoffbelasteten Standorten (schädliche Bodenveränderungen und Altlasten) und durch diese verursachten Gewässerverunreinigungen. Hierzu gehören auch die Sanierungsuntersuchung und die Sanierungsplanung.

2.2 Sofern Vorhaben im Sinne von Nummer 2.1 über Richtlinien für andere Aktionen des Operationellen Programms (OP) EFRE oder des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt 2014 bis 2020, insbesondere Städtebauförderung und Stadtumbau oder Dorferneuerung und Dorfentwicklung gefördert werden können, ist eine solche Förderung vorrangig. Eine ergänzende Förderung über diese Richtlinie erfolgt nicht.

2.3 Nicht förderfähig sind Vorhaben auf Flächen,

- a) für die eine Freistellung auf der Grundlage von Artikel 1 § 4 Abs. 3 des Umweltrahmengesetzes erfolgt ist, es sei denn, die Vorhaben sind nicht Bestandteil dieser Freistellung,
- b) für die bei der Landesanstalt für Altlastenfreistellung eine Freistellung beantragt, dort aber noch nicht abschließend beschieden wurde, oder
- c) für die bei der Landesanstalt für Altlastenfreistellung eine Übertragung der Freistellung auf den Vorhabens-träger beantragt, dort aber noch nicht abschließend beschieden wurde.

In den Fällen der Buchstaben b und c kommt eine Förderung nach dieser Richtlinie erst in Betracht, wenn die Freistellung oder ihre Übertragung bestandskräftig abgelehnt worden ist oder sich die Landesanstalt für Altlastenfreistellung anderweitig abschlägig gegenüber der Bewilligungs-behörde geäußert hat.

2.4 Eine Förderung für die Sanierung schadstoffbelasteter Standorte ist ausgeschlossen, soweit die natürlichen oder juristischen Personen, die den Schaden verursacht haben, oder ihre Rechtsnachfolger bekannt sind und zur Sanierung herangezogen werden können.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Städte und Gemeinden.

¹ <http://www.europa.sachsen-anhalt.de/eu-fonds-in-sachsen-anhalt/foerderperioden/foerderperiode-2014-2020/>

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Zuwendungen sind gemäß Artikel 45 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar und unterliegen nicht der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Abs. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, soweit sie die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 unmittelbar erfüllen.

Es gelten die spezifischen Festlegungen zur Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gemäß der **Anlage**. Sofern diese Festlegungen eingehalten werden, gelten die gegebenenfalls einschränkenden Bestimmungen dieser Richtlinie.

4.2 Durch den Zuwendungsempfänger sind umfangreiche Publizitätsvorschriften einzuhalten. Sofern eine Internetseite betrieben wird, gehört hierzu insbesondere eine kurze Beschreibung des Vorhabens, die im Verhältnis zum Umfang der Zuwendung steht und in der auf die Ziele und Ergebnisse eingegangen und die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union (EU) hervorgehoben wird. Des Weiteren hat der Zuwendungsempfänger sich einverstanden zu erklären, dass das Unternehmen und das geförderte Vorhaben mit wesentlichen Daten gemäß Anhang XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 auf der Liste der Vorhaben erfasst und veröffentlicht wird.

4.3 Die Förderung ist auf Städte und deren direktes Umland (funktionale Verflechtung) beschränkt.

4.4 Vorhaben werden nur gefördert, wenn sie innerhalb von maximal drei Jahren abgeschlossen werden. Ausnahmen sind im begründeten Einzelfall möglich.

4.5 Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss sichergestellt sein. Zum Nachweis hierfür ist ein Finanzierungsplan für das Gesamtvorhaben, gegliedert nach Haushaltsjahren, gegebenenfalls unter Hinweis auf spätere, weitere Bauabschnitte eines Gesamtvorhabens vorzulegen.

4.6 Zuwendungen werden nur gewährt, wenn das Vorhaben noch nicht begonnen worden ist. Ausnahmen hiervon sind zulässig, sofern vorher eine Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn von der Bewilligungsbehörde eingeholt wurde. Bei der Prüfung, ob einem Antrag auf Zulassung einer Ausnahme zum vorzeitigen Maßnahmebeginn stattgegeben werden kann, hat die Bewilligungsbehörde den Abschnitt 6 des Zuwendungsrechtsergänzungserlasses zu beachten.

4.7 Bei Vorhaben nach Nummer 2.1, die voraussichtlich nicht innerhalb von drei Jahren verwirklicht werden können, entscheidet die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen, inwieweit eine Teilung in zuwendungsrechtlich eigenständige Bauabschnitte möglich ist, um eine Förderung des Gesamtvorhabens zu ermöglichen. Das Gesamtvorhaben ist bereits bei der Antragstellung für den ersten Bauabschnitt darzustellen. Alle Bauabschnitte müssen Teil des dargestellten Gesamtvorhabens sein. Bei wesentlichen Änderungen muss das Gesamtvorhaben vom Antragsteller neu dargestellt und von der Bewilligungsbehörde auf die prinzipielle Richtlinienkonformität hin erneut überprüft werden.

4.8 Gefördert werden nur Vorhaben auf Flächen in Sachsen-Anhalt.

4.9 Für Vorhaben nach Nummer 2.1 müssen Unterlagen vorliegen, die auf der Grundlage eines Variantenvergleichs zwischen mindestens drei unterschiedlichen Verfahren den Nachweis erbringen, dass das wirtschaftlichste und ökologisch zweckmäßigste Sanierungsverfahren zur Anwendung kommen wird. Ein Vergleich im Rahmen von Sanierungsuntersuchungen oder eines Sanierungskonzeptes ist ausreichend. Ausnahmen hiervon sind zu begründen. Ausnahmen sind z. B. unverhältnismäßige Ausgaben oder die technische Unmöglichkeit eines Variantenvergleichs.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung durch zweckgebundene, nicht rückzahlbare Zuschüsse.

5.2 Die Bemessungsgrundlage sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, abzüglich der sich infolge des Vorhabens ergebenden Wertsteigerung des Grundstücks. Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist grundsätzlich von denjenigen Ausgaben auszugehen, die dem Zuwendungsempfänger bei sparsamer und wirtschaftlicher Ausführung des geförderten Vorhabens unter Beachtung der geplanten Nachnutzung und nach Abzug der übrigen nicht zuwendungsfähigen Ausgaben entstehen, um den Zweck des Vorhabens zu erreichen. Rabatte und Skonti sind bei den zuwendungsfähigen Ausgaben zu berücksichtigen.

Gutachten zur Ermittlung der Wertsteigerung eines Grundstücks infolge der Sanierung eines schadstoffbelasteten Standortes sind auf Kosten des Zuwendungsempfängers von einem unabhängigen Sachverständigen zu erstellen. Dabei gelten die Ausgaben des Zuwendungsempfängers für das Vorhaben nach Prüfung durch die Bewilligungsbehörde als zuwendungsfähig, unabhängig davon, ob sie in der Bilanz oder im Vermögenshaushalt als Anlagevermögen ausgewiesen werden können.

5.3 Nicht zuwendungsfähig sind:

- a) Ausgaben für den Erwerb von Beförderungsmitteln, es sei denn es handelt sich um Spezialfahrzeuge, die eigens für das Vorhaben beschafft werden müssen,
- b) Selbstkosten der Antragsteller, die diesen z. B. für den Einsatz des eigenen Personals und eigener Geräte entstehen,
- c) Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken,
- d) Finanzierungskosten, Bankgebühren, Bußgelder, Prozesskosten oder Leasingraten, soweit das Leasing die Anschaffung eigener Geräte oder Maschinen ersetzen soll,
- e) die Ablösung von bestehenden Verbindlichkeiten,
- f) die Gemeinkosten,
- g) die übrigen Kosten, die vorhabensunabhängig beim Zuwendungsempfänger anfallen (z. B. Steuern, wie Grund- oder Gewerbesteuer, Versicherungen); dazu gehören auch Kosten, die sich aus anderen öffentlichen Genehmigungen ableiten (z. B. Denkmalschutz, Naturschutz, Kampfmittelbeseitigung),

- h) Entsorgungskosten für illegal auf den die Förderung betreffenden Grundstücken abgelagerte Abfälle,
- i) Aufwendungen, die ausschließlich für einen nach § 10 Abs. 1a Satz 1 BImSchG zu erstellenden Ausgangsstandsbericht für Boden und Grundwasser erforderlich sind.

5.4 Die Förderhöhe beträgt, bezogen auf die Bemessungsgrundlage, 100 v. H. für Vorhaben nach Nummer 2.1. Auf Nummer 6.4 wird verwiesen.

5.5 Für das beantragte Vorhaben ist eine Kumulierung mit anderen Beihilfen des Landes und des Bundes, ausgenommen die nach Nummer 2.2, zulässig, sofern die hieraus resultierende Beihilfeintensität die beihilferechtlich maximal zulässigen Subventionswerte nicht übersteigt.

Diese Förderung darf nicht mit anderen Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert werden, wenn die aus der Kumulierung resultierende Förderintensität diejenige Förderintensität übersteigen würde, die in einer Gruppenfreistellungsverordnung der Europäischen Union oder in einer von der Europäischen Kommission verabschiedeten Entscheidung hinsichtlich der besonderen Merkmale eines jeden Falles festgelegt wurde.

6. Anweisungen zum Verfahren

6.1 Anwendungsvorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

6.2 Antragstellung und Bewilligung

Zuwendungen nach dieser Richtlinie werden nur auf schriftlichen Antrag in einfacher Ausfertigung unter Verwendung der entsprechenden Vordrucke gewährt, welche an die Bewilligungsbehörde zu richten sind. Die Vordrucke sind bei der Bewilligungsbehörde erhältlich oder im Internet² abrufbar.

Bewilligungsbehörde ist das Landesverwaltungsamt, Referat 401, Dessauer Straße 70, 06118 Halle (Saale).

Die Bewilligungsbehörde bietet den Antragstellern bei Bedarf eine Antragsberatung an. Soweit erforderlich, soll der Antragsteller auch auf nicht unmittelbar auf diese Richtlinie bezogene Fragen aufmerksam gemacht werden (z. B. die Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung).

6.3 Antragsunterlagen und Antragsprüfung

Mit dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung sind folgende Unterlagen und Erklärungen einzureichen:

- a) Träger und Vertretungsberechtigung (Verzeichnis der Vertretungsberechtigten, Unterschriftenkarte, Satzung),

- b) Finanzierungsplan,
- c) Erläuterungsbericht einschließlich umfassender Darstellung bereits geleisteter Vorarbeiten, Planungsschritte und Ähnliches,
- d) Lageplan unter Angabe der Flurstücksbezeichnung und -größe, bei Bauvorhaben mit Darstellung der Erschließungs- und Außenanlagen,
- e) Kostenaufstellung zum Fördervorhaben getrennt nach Bauleistungen und sonstigen Leistungen,
- f) Darstellung des geplanten zeitlichen Ablaufs (Ablaufplan des Vorhabens),
- g) Stellungnahme des Landkreises (untere Bodenschutzbehörde) oder der sonst zuständigen Bodenschutzbehörde zum Vorhaben,
- h) beglaubigter Eigentumsnachweis hinsichtlich der Vorhabensfläche; steht diese nicht im Eigentum des Antragstellers, so ist eine Erklärung des Grundbucheigentümers beizubringen, dass dieser mit dem Vorhaben einverstanden ist,
- i) die Erklärung, vom Inhalt dieser Richtlinie Kenntnis genommen zu haben,
- j) die haushaltsrechtliche Bestätigung des finanziellen Eigenanteils von der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde,
- k) öffentlich-rechtliche Genehmigungen bei Genehmigungserfordernis, im Übrigen aber flächen- oder vorhabensbezogene sonst vorhandene öffentlich-rechtliche Bescheide,
- l) Erklärung über die geplante Nachnutzung der Vorhabensfläche,
- m) Erklärung zur Einhaltung EU-rechtlicher Regelungen aus dem Umweltbereich,
- n) Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zur erwarteten Wertsteigerung des Grundstücks nach durchgeführtem Vorhaben.

Die Bewilligungsbehörde nimmt die sachliche Prüfung der Anträge auf Vollständigkeit sowie die fachtechnische Prüfung derselben vor. Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfungsprotokoll zu erstellen und zu den Akten zu nehmen.

6.4 Zweckbindung

Sofern der sanierte Standort innerhalb von fünf Jahren nach Abschluss der Sanierung veräußert oder anderweitig einnahmebeschaffend verwertet wird, hat der Zuwendungsempfänger den Erlös bis zur Höhe von 10 v. H. des Gesamtbetrages der abgerechneten zuwendungsfähigen Ausgaben, mindestens jedoch in Höhe des die Wertsteigerung übersteigenden Erlöses, zu erstatten.

6.5 Auswahlverfahren und Zuwendungsbescheid

Die Bewilligungsbehörde entscheidet über den Antrag anhand von Auswahlkriterien unter Berücksichtigung der entsprechenden fachlichen Stellungnahmen sowie der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch schriftlichen Bescheid.

² <http://www.mule.sachsen-anhalt.de/themen/boden/foerderung/>

Wesentliche Auswahlkriterien sind:

- a) Art des Vorhabens (z. B. Beseitigung schädlicher Bodenveränderungen, Altlastensanierung, Gewässersanierung),
- b) Lage der betroffenen Fläche,
- c) Größe der Fläche,
- d) Beeinträchtigung der Schutzgüter Wasser, Boden, Luft,
- e) Synergien zu anderen Vorhaben im Rahmen der Umsetzung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten.

Im Hinblick auf die Nachnutzung werden nach Möglichkeit vor allem im weiteren Umfeld der Städte ökosystembasierte Lösungen, wie z. B. die Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen oder der Schutz des Grundwassers, bevorzugt, wenn sie der Stadt-Umland-Entwicklung dienen.

Die Höhe der Zuwendung wird aufgrund der zuwendungsfähigen Ausgaben und des geplanten Umfangs des Vorhabens ermittelt und im Finanzierungsplan festgesetzt.

Der Zuwendungsbescheid ersetzt nicht die für das Vorhaben notwendigen haushaltsrechtlichen und öffentlichrechtlichen Genehmigungen.

Mit Bestandskraft des Zuwendungsbescheides darf mit dem Vorhaben begonnen werden, soweit keine Nebenbestimmung im Zuwendungsbescheid dem entgegensteht.

6.6 Auszahlung der Zuwendungen

Die Zuwendungsempfänger fordern die Zuwendung mittels Formblatt (erhältlich bei der Bewilligungsbehörde oder im Internet² abrufbar) bei der Bewilligungsbehörde an. Näheres dazu wird im Bewilligungsbescheid festgelegt. Die Auszahlung erfolgt als Erstattung bereits durch den Zuwendungsempfänger geleisteter Zahlungen unter Vorlage der entsprechenden Rechnungen und Zahlungsbelege im Original. Die Abrechnung von Abschlagszahlungen ist möglich.

6.7 Bei Einzelbeihilfen über 500 000 Euro sind auf einer Beihilfe-Internetseite die in Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 genannten Daten zu veröffentlichen und dort für die Dauer von zehn Jahren zur Verfügung zu stellen.

6.8 Verwendungsnachweis

Den Verwendungsnachweis haben die Zuwendungsempfänger bei der Bewilligungsbehörde in einfacher Ausfertigung einzureichen.

Mit dem Verwendungsnachweis sind alle fachtechnischen Berichte und sonstige das Vorhaben betreffende Unterlagen einfach zu übergeben. Bei mehrjährigen Projekten können Zwischenverwendungsnachweise gefordert werden.

Der Bewilligungsbehörde obliegen die Prüfung der Verwendung der Mittel sowie die kassentechnische Abrechnung.

6.9 Prüfungsrecht

Das Ministerium, der Landesrechnungshof, die für die Förderung im Rahmen des OP EFRE 2014 – 2020 eingerichteten Behörden und Stellen, der Europäische Rechnungshof, die Europäische Kommission sowie das Landesverwaltungsamt sind berechtigt, die zweckbestimmte und fristgerechte Verwendung der Zuwendung jederzeit zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen sowie Auskünfte einzuholen.

7. Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Erl. gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Erl. tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und am 30. 6. 2021 außer Kraft.

An
das Landesverwaltungsamt

Anlage

(zu Nummer 4.1 Abs. 2 Satz 1)

Festlegungen zur Verordnung (EU) Nr. 651/2014

Soweit die Förderung nach dieser Richtlinie als Gewährung von nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 von einem Genehmigungsverfahren freigestellten Beihilfen erfolgt, sind zusätzlich und vorrangig folgende spezifische Festlegungen einzuhalten:

1. Förderzeitraum

Die Förderung ist zulässig vom Inkrafttreten dieser Richtlinie an bis längstens zum 30. 6. 2021.

2. Förderausschlüsse

Die Förderung ist ausgeschlossen im Hinblick auf

- a) Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß der Definition in Artikel 2 Nr. 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014;
- b) Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Festlegung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind;
- c) Unternehmen in der Fischerei und Aquakultur im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 ausgenommen Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen zur Erschließung von KMU³.

² <http://www.mule.sachsen-anhalt.de/themen/boden/foerderung/>

³ KMU – Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen

Finanzierungen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU sowie Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer sowie Arbeitnehmer mit Behinderungen;

- d) Unternehmen in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausgenommen der in Artikel 15 Nr. 2 Buchst. b der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vorgesehene Ausgleich von Mehrkosten (außer Beförderungsmehrkosten) in Gebieten in äußerster Randlage, KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten, Risikofinanzierungsbeihilfen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU, Umweltschutzbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen sowie Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer sowie Arbeitnehmer mit Behinderungen;
- e) Unternehmen in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
 - aa) wenn sich der Beihilfebetrug nach dem Preis oder der Menge der bei Primärerzeugern erworbenen oder von den betreffenden Unternehmen vermarkteten Erzeugnisse richtet oder
 - bb) wenn die Beihilfe an die Bedingung geknüpft ist, dass sie ganz oder teilweise an die Primärerzeuger weitergegeben wird;
- f) Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke im Sinne des Beschlusses 2010/787/EU.

Wenn ein Unternehmen sowohl in den nach Absatz 1 Buchst. c, d oder e ausgeschlossenen Bereichen als auch in anderen nicht ausgeschlossenen Bereichen tätig ist, gilt diese Richtlinie für Zuwendungen, die für die letztgenannten Bereiche oder Tätigkeiten gewährt werden, sofern durch geeignete Mittel wie die Trennung der Tätigkeiten oder die Zuweisung der Kosten sichergestellt ist, dass die im Einklang mit dieser Richtlinie gewährten Zuwendungen nicht den Tätigkeiten in den ausgeschlossenen Bereichen zugutekommen.

3. Weitere Zuwendungsvoraussetzungen

Die Zuwendung darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass

- a) der Zuwendungsempfänger seinen Sitz in Sachsen-Anhalt hat oder überwiegend dort niedergelassen ist. Es kann jedoch verlangt werden, dass der Zuwendungsempfänger zum Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfe eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Sachsen-Anhalt hat,
- b) heimische Waren Vorrang vor eingeführten Waren erhalten,
- c) der Zuwendungsempfänger einheimische Waren verwendet oder einheimische Dienstleistungen in Anspruch nimmt,
- d) die Ergebnisse von Forschung, Entwicklung und Innovation von den Zuwendungsempfängern nicht in anderen Mitgliedstaaten genutzt werden dürfen.

Zuwendungen sind ausgeschlossen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Ausfuhren in Drittländer oder Mitgliedstaaten; dies gilt insbesondere für Zuwendungen, die

unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, dem Aufbau oder dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder anderen laufenden Kosten in Verbindung mit der Ausfuhrtätigkeit zusammenhängen.

4. Kumulierung

Nach dieser Richtlinie gewährte Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, können kumuliert werden mit

- a) anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen;
- b) anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität oder der höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrug nicht überschritten wird.

Risikofinanzierungsbeihilfen, Beihilfen für Unternehmensneugründungen und Beihilfen für auf KMU spezialisierte Handelsplattformen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, kumuliert werden. Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, kumuliert werden, und zwar bis zu der für den jeweiligen Sachverhalt einschlägigen Obergrenze für die Gesamtfinanzierung, die im Einzelfall in der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 oder einer anderen Gruppenfreistellungsverordnung oder in einem Beschluss der Europäischen Kommission festgelegt ist.

Nach dieser Richtlinie gewährte Beihilfen dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die in Kapitel III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 festgelegten Beihilfeintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge überschritten werden.

Abweichend von Absatz 1 Buchst. b können Beihilfen in Form von Lohnkostenzuschüssen für die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit Behinderungen und Beihilfen zum Ausgleich der durch die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit Behinderungen verursachten Mehrkosten zugunsten von Arbeitnehmern mit Behinderungen mit anderen nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 freigestellten Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten über die höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 geltende Obergrenze hinaus kumuliert werden, solange diese Kumulierung nicht zu einer Beihilfeintensität führt, die 100 v. H. der einschlägigen, während der Beschäftigung der betreffenden Arbeitnehmer anfallenden Kosten übersteigt.

5. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Beihilfeintensität darf 100 v. H. der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten (Artikel 45 Abs. 6 der Verordnung)

nung (EU) Nr. 651/2014). Die Einzelheiten ergeben sich aus Nummer 5.4.

Die Beihilfe darf 20 Millionen Euro pro Unternehmen und Investitionsvorhaben nicht überschreiten (Artikel 4 Abs. 1 Buchst. u der Verordnung (EU) Nr. 651/2014).

Sofern die in Absatz 1 und 2 genannten Intensitäten und Schwellen durch diese Richtlinie eingeschränkt werden, gelten die einschränkenden Regelungen dieser Richtlinie.

6. Besonderheiten zum Verfahren

Die Zuwendung muss zu einer Beseitigung von Umweltschäden führen, zu denen auch die Beeinträchtigung der Qualität des Bodens, des Oberflächen- oder des Grundwassers zählt.

Wenn die juristische oder natürliche Person bekannt ist, die nach den anwendbaren Rechtsvorschriften haftet, muss diese nach dem Verursacherprinzip die Sanierungskosten tragen; in diesem Fall darf keine Zuwendung gewährt werden.

Wenn die haftende Person nicht bekannt ist oder nicht zur Übernahme der Kosten herangezogen werden kann, darf die für die Sanierungs- oder Dekontaminierungsarbeiten verantwortliche Person eine Zuwendung erhalten.

Die zuwendungsfähigen Kosten entsprechen den Kosten der Sanierungsarbeiten abzüglich der daraus erwachsenen Wertsteigerung des Grundstücks. Alle Ausgaben eines Zuwendungsempfängers für die Sanierung seines Standorts gelten als zuwendungsfähige Investitionen zur Sanierung eines schadstoffbelasteten Standorts, und zwar unabhängig davon, ob sie in der Bilanz als Anlagevermögen ausgewiesen werden können.

Gutachten zur Wertsteigerung eines Grundstücks infolge einer Sanierung sind von unabhängigen Sachverständigen zu erstellen.

Vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit hat der Zuwendungsempfänger einen schriftlichen Antrag zu stellen, der mindestens die folgenden Angaben enthält:

- a) Name und Größe des Unternehmens,
- b) Beschreibung des Vorhabens mit Angaben zum Beginn und Abschluss des Vorhabens,
- c) Standort des Vorhabens,
- d) Kosten des Vorhabens,
- e) Art der beantragten Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Garantie, rückzahlbarer Vorschuss),
- f) Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierungen.

Diese Bedingung gilt nicht für Risikofinanzierungsbeihilfen sowie für Beihilfen für Unternehmensneugründungen.

Auf die Erfordernisse des Absatzes 5 kann bei der Gewährung von Beihilfen nach den Artikeln 32 bis 34, 44, 50, 51 und 53 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 verzichtet werden.

Der Zuwendungsempfänger ist bei Bewilligungen darauf hinzuweisen, dass ab einer Höhe der Förderung von 500 000 Euro weitreichende Informations- und Veröffentlichungspflichten einzuhalten sind. Diese umfassen unter anderem die Veröffentlichung des Namens des Zuwendungsempfängers und der Unternehmensgruppe der er angehört, die Art des Unternehmens (KMU oder großes Unternehmen), des Wirtschaftszweiges und weiterer relevanter Daten auf einer Website, die jedem zugänglich sein wird.

Die Bewilligungsbehörde führt ausführliche Aufzeichnungen, die Informationen und einschlägige Unterlagen enthalten, die notwendig sind, um feststellen zu können, dass alle Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erfüllt sind. Diese Aufzeichnungen sind ab dem Tag, an dem die letzte Beihilfe auf der Grundlage dieser Richtlinie gewährt wurde, zehn Jahre lang aufzubewahren. Die Bewilligungsbehörde übermittelt dem Ministerium auf dessen schriftliche Anfrage zeitnah alle erforderlichen Unterlagen, insbesondere die in Satz 1 genannten Aufzeichnungen.

I. Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

9112

**Straßen- und Brückenbautechnik;
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und
Richtlinien für Straßen- und Ingenieurbau für den
Geschäftsbereich der Landesstraßenbaubehörde
Sachsen-Anhalt
(ZTV-StB LSBB ST 17)**

RdErl. des MLV vom 21. 2. 2017 – 36/3110/17

Bezug:

RdErl. des MLV vom 7. 4. 2014 (MBI. LSA S. 232)

1. Änderung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Straßenbauarbeiten für den Geschäftsbereich der Landesstraßenbaubehörde

Die mit Bezugs-RdErl. eingeführten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Straßenbauarbeiten für den Geschäftsbereich der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, Ausgabe 2013, Fassung 2014 (ZTV-StB LSBB 13/14) wurden überarbeitet und als Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Straßen- und Ingenieurbau für den Geschäftsbereich der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (ZTV-StB LSBB ST 17) neu gefasst.